

Die Graphische Presse

Organ für die Interessen der Lithographen, Chemigraphen, Stein-, Licht-, Kupfer-, Wachstuch- und Tapetendrucker und verwandte Berufe.

Abonnement.

Die Graph. Presse erscheint jeden Freitag. Abonnementspreis 1, — Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zug.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

M. Obler, Leipzig-Lösung, Lobstedterstr. 1.
Druck, Verlag und Expedition: Conrad Müller, Seehausstr.
Redaktionschluss: Dienstag.

Insertion.

Für die dreispaltige Petitzeile oder deren Raum 30 Pl., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Verlagsausgaben 15 Pl. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Inhalt:

Nach der Hauptwahl. — Bekanntmachungen. — Haushaltskosten im Jahre 1906. — Ein System. — Müssen Werkstüberversammlungen polizeilich angemeldet werden? — Korresp.: Berlin 1, Kattowitz, Leipzig, Oldesloe. — Berichtigung. — Bewegungsübersicht vom Streik und der Aussperrung etc. — Anzeigen. — Beilage: Die Kraft, die im Volke schlummert. — Situationsbericht des Agitationsbezirks Frankfurt a. M.-Mainz. — Korrespondenzen: Hamburg, Stuttgart 1.

Nach der Hauptwahl.

Wie der Regierung vor 20 Jahren gelegentlich der Faschingswahlen der Franzose erhalten musste, so musste bei den Wahlen am 25. Januar 1907 der Engländer erhalten, um dem deutschen Michel das Fell über die Ohren zu ziehen. Vor 20 Jahren wurde angeblich dem Bauer die letzte Kuh von den Franzosen aus dem Stalle geholt, wenn er nicht mit der Regierung durch dick und dünn geht und jetzt nehmen uns die Engländer aus dem gleichen Grunde unsere auch so teuren Kolonien.

So ist es denn gekommen, wie noch immer in einer Zeit des wirtschaftlichen Aufschwunges: der deutsche Michel, graulich gemacht mit den erdenklichsten Mitteln vor etwas Entsetzlichem, hat all die Untaten vergessen, die an ihm im Laufe der Zeit verübt worden sind; hat vollständig vergessen, dass den kurzen Aufschwungsperioden noch immer viel längere Krisenperioden folgten, die ihn in ein viel grösseres Elend zurückwerfen müssen wie ehemals; er hat vergessen, dass er nach diesen Wahlen grössere Opfer an Gut und Blut aufbringen muss denn jemals, ohne das geringste dafür einzutauschen. Und das alles, weil der verflozene Reichstag der Regierung nicht die willkommene Mehrheit bot für die weitere Auspönerung der grossen Masse des deutschen Volkes.

Dass, wie in jedem anderen parlamentarisch regierten Lande, hier folgerichtig die Regierung gegangen wurde, wenn sie keine Mehrheit in der Volksvertretung fand; das gibts bei uns nicht. Hier wurde der Reichstag auseinandergejagt, derselbe Reichstag, der in haarsträubenden Kolonialskandalen, nicht zuletzt in der Affäre Podbielsky-Tippelskirch, die Sünden der Regierung aufdecken konnte.

Könnte man nach früheren Erfahrungen schon annehmen, dass der deutsche Michel, vor allem der Teil der deutschen Reichswähler, der sich bisher den Teufel um sein Wahlrecht gekümmert hat, weil ihm jedes Verständnis für die Wichtigkeit der politischen Betätigung abgeht, aufgeschreckt aus seiner Lethargie durch ungeheure Lügen, in die offenen Arme der reaktionären Parteien flüchten würde; so hat wohl niemand, selbst der ärgste Pessimist in unserm Lager nicht, an ein Wahlergebnis zu denken gewagt, wie es tatsächlich vorliegt.

Die Gegner triumphieren ob ihres beispiellosen Erfolges und wenn wir uns der Gefühle erinnern, die uns aus gleichem Anlass schon oft beseelten, so darf uns das nicht verwundern;

aber wir wissen schon heute, dass die Millionen, die sich aufrütteln liessen aus ihrem lethargischen Schlaf, nun ahnungslos der Reaktion in die Hände zu fallen, in diesen Schlaf nicht zurückverfallen werden. Einmal auferwüttelt, werden sie sich der ihnen gemachten Versprechungen erinnern und gleichzeitig erkennen lernen, wie grausam sie genasführt worden sind. Die Partei der bisherigen Nichtwähler wird Taten sehen wollen und weil die Regierung mit der neugeschaffenen Mehrheit dem Volke neue, grössere Opfer auferlegen wird, werden diese Massen früher als die Regierung denkt, der Sozialdemokratie in die Arme getrieben werden.

Was haben die Gewerkschaften von dem kommenden reaktionären Reichstag zu erwarten? Im Wahlkampfzeit nicht ein einziger der Mischmaschkandidaten den Mut gehabt, von der Beseitigung des allgemeinen, gleichen, freien Wahlrechts zu reden, obwohl von den Konservativen bis in den Freisinn hinein mehr denn einmal die Notwendigkeit der Beseitigung infolge der sozialdemokratischen Hochflut betont wurde. Alle diese Parteien haben sich der Ausdehnung dieses Wahlrechts auf die einzelnen Bundesstaaten und die Kommunen energisch widersetzt; sie sind sogar gegenwärtig dabei, das Wahlrecht einzelner Bundesstaaten noch zu verschlechtern. In allen Wählerversammlungen haben sie das hohe Lied vom freien Reichstagswahlrecht gesungen und versprochen, für dasselbe einzutreten, aber auf ihre Zuverlässigkeit bauen, hiesse auf Sand bauen. Mit diesem Wahlrecht war die Regierung noch einmal imstande, eine reaktionäre Mehrheit aufzubringen und deshalb sind wir überzeugt, dass man vorerst an diesem Wahlrecht nicht rütteln wird, wenigstens so lange nicht rütteln wird, als die jetzt geschaffene Mehrheit bei den einzelnen Forderungen der Regierung zusammenhalten wird.

Sehr bald aber wird die Regierung erkennen müssen, dass der Kolonialschwindel, mit dem diese Mehrheit zusammengeködert worden ist, nicht ausreicht, um sie dauernd zusammenzuhalten und mit dem Augenblick ist auch das Wahlrecht wieder in Gefahr. Die Gewerkschaften haben alle Ursache, einen hohen Wert auf das gleiche Wahlrecht zu legen, weil sie längst so der Erkenntnis gekommen sind, dass ihnen das Koalitionsrecht allein keine Gewähr bietet, ihr Ziel, die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen, zu erreichen. Wie sieht es nun mit dem Koalitionsrecht aus? Ist das Wahlrecht schon gefährdet, so ist es das Koalitionsrecht noch viel mehr. Mit der Vorlage eines Gesetzesentwurfes über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, die mit der Auflösung des Reichstages glücklicherweise verschwand, wird unglücklicherweise die Regierung wiederkommen und bei der voraussichtlichen Zusammensetzung des Reichstages auch Erfolg haben mit der Knebelung des Koalitionsrechts. Mit dieser Vorlage hat die deutsche Regierung den Beweis erbracht, dass sie der wirtschaftlichen Bewegung der intelligentesten Arbeiterschaft der Welt nicht

nur vollständig verständnislos, sondern auch feindlich gegenübersteht.

Nach diesem Entwurf, der, wenn er Gesetz würde, die sehnlichsten Wünsche der Reichsregierung erfüllt, soll allen Staats- und Gemeindearbeitern, den Seeleuten, Eisenbahnern und Landarbeitern das Vereinigungsrecht überhaupt nicht zustehen. Das Gespenst des Generalstreiks ist schon jetzt der Regierung in die Glieder gefahren, weshalb nach ihrer Meinung solche Vorbeugungsmassregeln getroffen werden müssen. Aber nicht genug, dass man den oben genannten Arbeitern das Koalitionsrecht rauben oder nicht geben will, will man ausserdem alle Arbeiterorganisationen hindern, sich gegenseitig zu unterstützen. Vergegenwärtige man sich das Nächstliegende, — die Aussperrung im Lithographie- und Steindruckgewerbe 1906. Mit Hilfe dieses Gesetzes wären wir zu Beginn der Aussperrung, bei Sperrung unserer Gewerkschaftskasse an jedem verhängnisvollen Pfingstheiligabend machtlos unsern Unternehmern ausgeliefert worden. Hilfe von seiten anderer Gewerkschaften war, wenn die Regierungsvorlage schon Gesetzeskraft hatte, ausgeschlossen und wir hätten uns den Machtgelüsten unserer Unternehmer bedingungslos unterwerfen müssen. Dass dieses Gesetz den Beifall der deutschen Unternehmer findet, ist erklärlich; ja man kann mit Gewissheit annehmen, dass es ihrem Drängen nach Ausnahmemassregeln gegen die wachsenden Arbeiterorganisationen entsprungen ist.

Und nun gar die Schadenersatzpflicht der Berufsvereine, die Graf Posadowsky bei Beratung der Vorlage in's rechte Licht zu rücken wusste. Wer vordem noch naiv genug war, in dem Gesetz keine unmittelbare Gefahr für die Arbeiterorganisationen zu erblicken, dem hat der Regierungsvertreter über die Anwendung des § 31 des Bürgerlichen Gesetzbuches auf eingetragene und nicht eingetragene Berufsvereine gründlich die Augen geöffnet. Der immense Schaden, der durch Uebergriffe, Unwissenheit und Unkenntnis der Angestellten des Staates, der Beamten, — man braucht sich dabei nur der Justizmorde zu erinnern — schon einzelnen wie auch der Gesamtheit zugefügt worden ist; wurde noch nicht für ersatzpflichtig anerkannt, obwohl die Regierung in der Disziplinargewalt die Handhabe dazu hat. Hier aber will man den Organisationen, die kein gesetzliches Mittel der Einwirkung auf den einzelnen haben, eine Schadenersatzpflicht auferlegen für die Handlung jedes einzelnen. In Deutschland haben sich bisher schon Richter gefunden, die das bestehende Gesetz in der hier gewünschten Weise ausgelegt haben; mit diesem Gesetz aber wäre jeder Organisation der Garaus gemacht. Es besteht ja nun allerdings kein Zwang, die Rechtsfähigkeit zu erwerben, aber wenn schon mit dieser Rechtsfähigkeit die Wehrlosmachung der Organisationen garantiert ist, wie wird man erst die Organisationen drangsaliieren, die es vorziehen, sich für eine derartige Rechtsfähigkeit zu bedanken. Aus alledem tritt offen zutage,

dass die ganze Sozialpolitik der Regierung darauf hinausläuft, die Macht des Unternehmertums zu stärken, um an dieser noch einen Halt zu gewinnen.

Mehr als das Wahlrecht ist gegenwärtig das Koalitionsrecht in Gefahr; nach dem letzteren wird man zuerst und zwar sehr bald die Hand ausstrecken und wenn man das Ergebnis der Reichstagswahl betrachtet, so kann es keinem Zweifel unterliegen, dass die Regierung versuchen wird, ganze Arbeit zu machen. Die Vorlage, Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, wird sehr schnell wiederkommen und wenn die Arbeiterschaft nicht alle Hebel in Bewegung setzt, in der bevorstehenden Stichwahl ihre einzig zuverlässigen Vertreter, die Kandidaten der Sozialdemokratie, ins Parlament zu bringen, so ist dieses Erdrosselungsgesetz vor der Ablehnung im neuen Reichstage bewahrt, damit aber auch das Schicksal der Arbeiterorganisationen besiegelt. Hat man das Koalitionsrecht beseitigt, schreckt man auch vor dem Wahlrecht nicht zurück und wie der Appetit beim Essen kommt, werden weitere Ausnahmegesetze folgen.

Es erübrigt sich, gegenwärtig ausführlich darauf hinzuweisen, dass die Arbeiterschaft dann immer noch da ist und schon gezeigt hat, dass Ausnahmestände ihrer Werbekraft durchaus nicht hinderlich sind, aus dem natürlichen Grunde, weil man bisher noch kein Mittel erfand, die Gedankenfreiheit zu töten; aber es ist notwendig, daran zu erinnern, dass die Regierung neben der Peitsche von neuem wieder das Zuckerbrot benutzen wird. Nicht gar lange nach den Faschingswahlen 1887 wurde das Wort vom »Recht auf Arbeit« geprägt und das Wohlwollen der Regierung spiegelte sich in der Ansprache des Kaisers an die damalige Bergarbeiterdeputation. Was ist aus all den Versprechungen geworden, wo ist die vielgerühmte Sozialpolitik? In jeder Thronrede kehrten die schönen Worte vom weiteren Ausbau der Sozialpolitik wieder und wo sind die Taten? Sie gipfeln in der Vernichtung des Koalitionsrechts, die man durch die berühmte »Rechtsfähigkeit« besiegeln will.

So sehen alle Versprechungen, so sehen alle Taten aus, die jeher von den herrschenden Klassen mitsamt der Regierung gekommen sind. Die bedrückte, verfolgte Arbeiterschaft wird immer nur gehätschelt, wenn die Wahlen herankommen, sie wird nirgends Hilfe finden als in sich selbst durch von ihr gewählte Vertreter; alles steht für sie auf dem Spiel, wenn sie es unterlässt, die Plätze zu besetzen, von denen aus der Notschrei der übergrossen Mehrheit des Volkes den herrschenden Klassen in die Ohren gellt.

Ist die Arbeiterschaft in der Hauptwahl zurückgedrängt worden, so muss sich zur Stichwahl ihre Agitationskraft verhandelt machen, um all die Säumigen, die Fleisch von ihrem Fleische sind, heranzuziehen und damit den Sieg an ihre Fahne heften. Der Reichskanzler hat in einer Glückwunschantwort ausgesprochen: »Auf die Stichwahlen kommt es an, die Stichwahlen sind die Hauptsache; wir können's ihm nachfühlen, er kennt die Gefahr; zeigen wir ihm, dass wir ausnahmsweise einer Meinung mit ihm sind. Für uns steht alles auf dem Spiele, darum müssen wir auch alles einsetzen.«

In einer sehr grossen Zahl von Wahlkreisen stehen wir in aussichtsreicher Stichwahl und können, wenn jeder seine Pflicht tut, unsern Kandidaten das Mandat sichern; in anderen Kreisen, wo wir zwar nicht in die Stichwahl kommen, doch aber das Zünglein an der Wage bilden, geben wir keinem Anhänger der Konservativen, der Reichspartei, dem Bund der Landwirte, Antisemiten und Nationalliberalen unsere Stimme, einem anderen Gegner aber nur, wenn er sich zuvor verpflichtet, gegen jede Verschlechterung des allgemeinen, gleichen, gemeinen und direkten Wahlrechts zu stimmen, jeden Versuch, das Koalitionsrecht einzuschränken, zurückweist und sich gegen jedwedes Ausnahmegesetz erklärt.

Ist die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterschaft am Stichwahltag auf dem Posten, so

werden die Früchte nicht ausbleiben.
Frisch auf zum Kampf! Glück auf zum Sieg!

Bekanntmachungen.

Zur Auskunfterteilung.

Bei jedem Stellungswechsel sind nach § 29, Abs. 1 des Statuts vorher Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Bei jeder Anfrage ist genau der Beruf und über was Auskunft verlangt wird, anzugeben. Die Auskunfts Karte darf an andere nicht weiter gegeben werden.

Die Auskunftsleiter haben diese Anfragen mit den Auskunfts Karten sofort zu beantworten.

Die Unterstützungs-Auszahler haben alle statistischen Unterstützungen sofort in das Mitgeltendbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen und der Reisekarte, keine Unterstützungen auszusahlen.

Weimar. In Firma Putze & Hölzer wurden Lohnzulagen und 25 Proz. Zuschlag für Ueberstunden bewilligt.

Hannover. Allen Fragestellern zur Nachricht, dass die Differenzen wegen Massregelung unseres Vertrauensmannes in der Firma A. Motling & Co. noch nicht beigelegt sind. Es finden Verhandlungen mit dem Schutzverband in dieser Angelegenheit statt. Die Kollegen werden ersucht, dieses zu beachten.

Gesperrt:

Für Lithographen und Steindrucker:

Berlin. Der gegnerische Arbeitsschweizer bei S. Herrmann ist für Lithographen und Steindrucker gesperrt. Die Sperrung wird der im § 16 des Streikreglements bezeichneten Sperrung gleichgestellt. Zuwiderhandlung haben Ausschluss zu gewärtigen.

Dresden. Die Glasplattenfabrik O. Nedwig in Radebeul bei Dresden.

Elberfeld. Emallierwerk H. Peters.
Kötzschenbroda b. Dresden. Robert Mittelbach (Kunstanstalt Globus).

Merseburg. Firma Görling.
München. Anton Bernsdorf.
Strassburg i. E. (Firma Dusch & Co.)

Für Chemigraphen ist gesperrt:

Berlin (Graph. Gesellschaft, Thedra & Kraushaar, H. Baudouin, Galliard und W. Grove).
Chemnitz. A. Jällich.
Nürnberg Martin.
Stuttgart. Oebr. Rössle.

Ausland.

V. St. Amerika und Canada.
Holland, Chemigraphen. Streik in Sicht. Vor Engagement nach hier ziehe man Erkundigungen ein bei van Dyk, Amsterdam, Groen van Prinsterersbaat 6, I.

Norwegen (Tariffbewegung). Folgende Städte sind für Lithographen, Chemigraphen und Steindr. gesperrt: Christiania, Sandriken, Drammen, Christiansund, Stavanger, Bergen und Trondhjem.

Gesperrt sind in der Schweiz:
Der Arbeitsschweizer des »Sekretariates des Vereins Schweiz. Lithographiebesitzer in Winterthur«.
Basel. Firma Th. Budin, Lithographie.
Bern. Lithographie Siebenmann & Co.
Freiburg. Kartonfabrik H. Wilzeck.

Haushaltskosten im Jahre 1906.

Das Fazit der Lebensmittelpreisbewegung im Jahre 1906 ist eine ganz bedeutende Verteuerung des Lebensunterhalts; die Ausgaben für die Ernährung sind im letzten Jahre so stark gestiegen, wie in keinem vorhergehenden seit 1900. Zu diesem Ergebnis gelangt man auf Grund der monatlichen Berechnungen, die »Der Arbeitsmarkt« seit 1898 allmonatlich über den Kostenaufwand für die wöchentliche Ernährung in verschiedenen Städten des Reiches macht. Als wöchentlicher Bedarf an Lebensmitteln ist die Verpflegung des deutschen Marinesoldaten zugrunde gelegt. Diese Wochenration hält die Marineverwaltung zur Erhaltung der Leistungsfähigkeit ihrer Mannschaften für unumgänglich notwendig. Für den industriellen Arbeiter gibt es und kann es keine anerkannte einheitliche Normalration geben, weil berufliche und territoriale Verschiedenheiten die Art der Ernährung sehr stark beeinflussen. Wenn daher die Ration des Marinesoldaten unterstellt wird, so geschieht das nur in der Absicht, um vergleichbare Resultate zu gewinnen und die Bewegung der Kosten des wöchentlichen Kostenaufwandes veranschaulichen zu können. Denn dass auf Grund der Veränderungen der Kosten, die für die Verpflegung des deutschen Marinesoldaten aufgewendet werden müssen, im grossen und ganzen ohne weiteres auf eine Verteuerung oder Verbilligung der Volksernährung geschlossen werden kann, ergibt sich, wenn man erwägt, dass in der Verpflegung des Marinesoldaten alle wichtigen Volksernährungsmittel in einem recht günstigen Verhältnis vertreten sind. Nach den Speiseprollen besteht nämlich die wöchentliche Portion pro Mann für Schiffe in heimischen Häfen aus

Orramm	Gramm
800 Rindfleisch	3000 Kartoffeln
750 Schweinefleisch	340 Zucker
800 Hammelfleisch	5250 Brot
150 Reis	455 Butter
300 Bohnen	106 Salz
300 Erbsen	105 Kaffee
500 Weizenmehl	21 Tee
200 Backpflaumen	0,11 Liter Essig

Für eine vierköpfige Arbeiterfamilie ist der wöchentliche Nahrungsaufwand in der Weise angenommen, dass unter Reduzierung von 2 Kindern auf eine erwachsene Person das Vierfache der Normalration des Marinesoldaten berechnet wird. Die einzelnen Lebensmittelquantitäten, aus denen sich die Ration zusammensetzt, sind zu den niedrigsten Marktpreisen unter Zuschlag einer fünfzehnprozentigen Erhöhung berechnet, da die niedrigsten Preise bekanntlich nicht die häufigsten sind. Verfolgen wir für die Städte Danzig, Berlin, Dresden, Chemnitz, Leipzig, Stuttgart und München die Berechnungen vom Jahre 1900 ab, so ergibt sich, dass die Kosten der Ernährung im Durchschnitt sämtlicher Städte für eine Familie mit vier Köpfen betragen in Mark:

	pro Woche	pro Jahr
1900	20,44	1062,88
1901	20,56	1069,12
1902	20,72	1077,44
1903	21,15	1099,80
1904	21,59	1106,98
1905	21,98	1142,96
1906	23,01	1196,52

Eine Familie, die für die nämlichen Nahrungsmittel gleicher Quantität und Qualität im Jahre 1900 nur 1062,88 Mk. auszugeben brauchte, musste in diesem Jahre 1196,52 Mk. oder 133,64 Mk. mehr aufwenden, d. i. eine Verteuerung gegenüber 1900 um rund 13 Proz. Wenn man bedenkt, dass die Kosten für Ernährung im Jahre 1904 erst um 4 Proz. gegenüber 1900 gestiegen waren, so wird es einem erst recht klar, welche eine ganz erhebliche Verteuerung des Lebensunterhalts die beiden letzten Jahre gebracht haben, in der Hauptsache veranlasst durch die mit dem Jahre 1905 einsetzende Fleischteuerung. Am heftigsten schnellten die Lebensmittelpreise und dadurch die Haushaltskosten in Dresden und Leipzig empor, in beiden Städten betrug nämlich der durchschnittliche wöchentliche Kostenaufwand im Jahre

	Dresden	Leipzig
1900	19,84	19,76
1905	21,78	21,89
1906	22,96	22,73

Während in Danzig im letzten Jahre eine Verbilligung eingetreten war, sind die Kosten im laufenden Jahre um so stärker gestiegen; gegen 20,48 Mk. wöchentliche Ausgaben für Ernährung mussten in diesem Jahre 22,11 Mk. aufgewendet werden. Auffallend gestiegen ist der Kostenaufwand noch in Stuttgart, Berlin, Chemnitz und München zeigen zwar unter den angeführten Städten die geringsten, aber immerhin noch recht beträchtliche Zunahmen.

Ein System.

Die grosse Holzarbeiteraussperrung in Berlin.

Ganz wie bei uns, möchte man ausrufen, wenn man den Riesenkampf verfolgt, den zurzeit die organisierten Holzarbeiter in Berlin mit ihren Unternehmern auszufechten haben. Die Berliner Holzarbeiter haben in der Voraussicht, dass ihrem bisherigen Verträge, der bis zum 15. Januar 1907 lief, ein neuer Vertrag folgen würde, einige geringe, den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechende Forderungen gestellt, die für die Unternehmer ohne weiteres akzeptabel waren. Die Unternehmer dagegen, an der Spitze Herr Rahardt, warteten schon seit geraumer Zeit auf den Ablauf des Vertrages, um, wie schon mehrmals, einen entscheidenden Schlag gegen die Organisation der Holzarbeiter zu führen. Mehr denn einmal war es schon auf die Vernichtung des Holzarbeiterverbandes abgesehen und jedesmal haben sich die Herren Scharfmacher vergeblich die Zähne ausgebissen. Ist man zwar überzeugt, dass man auch diesmal die Vernichtung nicht erreicht, so will man doch die Organisation zur Bedeutungslosigkeit herabdrücken. Die Unternehmer allein wollen die Arbeitsbedingungen diktiert, während die Arbeiter sich willenlos fügen sollen. Hat man in Berlin einmal gewonnenes Spiel, dann glaubt man, die Kraft des Gesamtverbandes gebrochen zu haben. Ganz wie bei uns hat der Unternehmerverband den Mund vorher recht voll genommen. Am 12. Januar liess man in die Welt telegraphieren, dass am Abend dieses Tages 20000 Holzarbeiter ausgesperrt würden, und das Resultat drei Wochen später: knapp ein Drittel der angegebenen Zahl sind ausgesperrt worden. In 14 Tagen sollten die Kassen des Holzarbeiterverbandes gesprengt sein, während der Holzarbeiterverband, ohne seine Kasse in Anspruch zu nehmen, beinahe aus den laufenden Wochenbeiträgen den Kampf in aller Ruhe dauernd führen kann. Die genügende Anzahl Streikbrecher glaubte man zur Verfügung zu haben, aber das Resultat ist gleich Null.

Die Einschüchterung der Arbeiter spielt vor Inzenerierung solcher Massenaussperrungen bei den Unternehmern immer eine grosse Rolle. Dies Schauspiel hat sich im letzten Jahre wiederholt gezeigt, um bei den Arbeitern noch Eindruck zu machen. Die geplante grosse Aussperrung in der Metallindustrie, in der Textilindustrie, wie auch im

Lithographie- und Steindruckgewerbe, ungeachtet der vielen ausserdem inszenierten Aussperrungen waren alle nur Fortsetzungen des einen Systems. Vorherige Bankrotterklärungen der betreffenden Organisationen durch beabsichtigte Sprengung der Kassen, die dauernd die Unterstützung derjenigen nicht tragen können, die man auszusperrn beabsichtigt. Vernichtung der Organisation und dann endlich die langersehnte Ruhe im Gewerbe. Welche Unternehmergruppe kann sich wohl rühmen, durch grosse Aussperrungen Ruhe im Gewerbe herbeigeführt zu haben? Keine einzige. Im Gegenteil! Alle Aussperrungen haben den Organisationen neue Kämpfer zugeführt und ihr Waffenarsenal für den gewerkschaftlichen Kampf vergrössert und nicht zuletzt den Klassenstandpunkt verschärft. Hätten die Berliner Holzindustriellen den Arbeitern die äusserst geringfügigen Forderungen erfüllt, sie hätten aus der Ruhe, die durch einen neuen Vertrag auf eine bestimmte Zeit gesichert war, den zehnfach grösseren Nutzen gezogen, als die erfüllten Forderungen aufwiegen, aber sie sind eben immer noch in dem Wahne befangen, dass sie durch dies ein Mittel die Niederzwingung der gewerkschaftlichen Vereinigungen erreichen können. Die Kur wird auf beiden Seiten noch viele Opfer kosten, schliesslich aber doch Heilung bringen, wenn man auf jener Seite eingesehen hat, dass man fortgesetzt am falschen Ende angefangen hat. Es wird den Holzindustriellen Berlins nicht gelingen, den Holzarbeiterverband klein zu kriegen.

Müssen Werkstubenversammlungen polizeilich angemeldet werden?

Auf eine an den preussischen Minister des Innern gerichtete Beschwerde seitens der Hirsch-Dunckerschen Maschinenbau- und Metallarbeiter hat ersterer folgendes geantwortet:

Eine allgemeine Anweisung dahin, dass für »Werkstatt-« und »Fabrikversammlungen« eine polizeiliche Anmeldung nicht zu fordern sei, könne nach Lage der Gesetzgebung nicht erlassen werden. Der Begriff der Werkstättenversammlung sei weder gesetzlich definiert, noch auch sonst unzuverlässig feststehend. Abgesehen von den Vorschriften über politische Vereine und deren Versammlungen berücksichtige das Gesetz nicht, von welchem Personenkreis eine Versammlung gebildet werde. Seine Bestimmungen finden daher auf die von Angestellten einer Fabrik oder Werkstätte abgehaltenen Versammlungen in gleicher Weise Anwendung wie auf alle übrigen Versammlungen. Für die Anmeldepflicht der Versammlungen sei insbesondere massgebend, ob in ihnen öffentliche Angelegenheiten erörtert werden sollen. Aus der Tatsache der Abhaltung einer Versammlung durch die Arbeiter einer bestimmten Fabrik könne nicht der Schluss gezogen werden, dass die Erörterung sich wirklich auf die Arbeits- und Lohnverhältnisse gerade dieser Fabrik beschränken werde. Ob diese Voraussetzung erfüllt werden soll und wird, ob mithin die Versammlung anmeldepflichtig sei oder nicht, bleibe vielmehr eine Frage, die nur von Fall zu Fall entschieden werden könne. Indessen habe er (der Minister) Veranlassung genommen, die ihm unterstellten Behörden wiederholt darauf hinzuweisen, dass die Frage der Anmeldung sogenannter »Werkstatt-« oder »Fabrikversammlungen« in jedem Einzelfalle einer besonders sorgfältigen Prüfung an der Hand mehrererwähnter Erkenntnisse des Kammergerichts zu unterziehen sei.

Massgebend aus dieser Antwort ist, wenn öffentliche Angelegenheiten in Werkstubenversammlungen nicht erörtert werden, wie dies ausnahmslos der Fall ist, solche Versammlungen einer polizeilichen Anmeldung nicht bedürfen.

Korrespondenzen.

Berlin i. In der am 17. Januar stattgefundenen gutbesuchten Generalversammlung der Filiale I referierte Kollege Hass über die Aufgaben der Hannover'schen Generalversammlung. Durch den Beschluss des Reichsgerichts, führte der Redner aus, sei der Hauptvorstand gezwungen worden, die ausserordentliche Generalversammlung einzuberufen. Wohl noch nie habe die Generalversammlung einer Gewerkschaft so das Interesse der gesamten deutschen Gewerkschaftler erweckt wie die unsere. Nicht nur, dass wir die Waffen der Kapitalmacht gegenüber den unsrigen zu prüfen, sondern auch die durch eigene Berufskollegen herbeigeführte Auslegung des Vereinsrechtes zu parieren haben, wenn nicht eine anerkannt machtvolle Organisation vernichtet werden soll. Aus der Begründung der Verfügung vom 1. Juni 1906 und an der Hand der verschiedenen Flugblätter des Rechtsschutzvereins lässt er das schändliche Treiben dieser Laute Revue passieren und kommt zu dem Resümee, dass, wenn auf Grund der Reichsgerichtsentscheidung die einheitliche straffe Organisation nicht aufrecht erhalten werden kann, man dann lieber zwei Organisationen schaffen soll. Auf keinen Fall sei er für ein Kompromiss mit jenen Wegelagerern unseres Berufes; denn das Verhalten jener Leute gäbe uns nicht die Gewähr, dass wir vor einem ähnlichen Prozess, wie er in England gegen eine Gewerkschaft geführt worden ist, sicher wären. Da die schriftliche Begründung des Urteils noch nicht vorliegt, hält er der Referent nicht für ratsam, weitgehende Statutenänderungsanträge zu stellen. Er empfiehlt aber den Antrag, den § 41

zu streichen. Die anderen Punkte der Tagesordnung streifend, ist Redner der Auffassung, dass neben dem Hauptvorstandsbericht die Punkte: Tarife und Lohnbewegungen und Graphische Presse eine eingehende Debatte hervorrufen werden. Bei letzterem wird es Aufgabe der Berliner Delegierten sein, den berechtigten Beschwerden der Berliner Kollegenschaft Geltung zu verschaffen. Er empfiehlt dazu folgenden Antrag:

»Die Redaktion ist an den Sitz des Hauptvorstandes zu verlegen und hat der Redakteur beratende Stimme im Hauptvorstand.«

In reger Diskussion, an welcher sich u. a. auch Kollege Sillier beteiligte, trat man voll und ganz den Ausführungen des Kollegen Hass bei. Unter lebhaftem Beifall missbilligt ein Kollege die Versammlungsberichte der Filiale I, weil sie nicht scharf genug den Unwillen der Berliner Kollegen über die Redaktion der Graph. Presse zur Geltung bringen. Er fordert die Delegierten auf, ohne Rücksicht auf die Person mit aller Kraft dahin zu wirken, dass die Graph. Presse ein führendes Organ für den Bund werde. Einstimmige Annahme fanden die Anträge des Kollegen Hass, sowie der Antrag des Kollegen Leischner auf Wegfall der Beitragsbefreiung bei Krankheit. Als Delegierte wurden die Kollegen Hass, Fisch, Hoffmann, Weikopf und Daehn gewählt.

Kattowitz O.S. Am 19. Januar hielt die hiesige Mitgliedschaft ihre Generalversammlung im Vereinslokal mit folgender Tagesordnung ab: 1. Protokollverlesen; 2. Kassenbericht vom IV. Quartal (Abrechnung der Streiksteuer); 3. Jahresbericht des Vorsitzenden; 4. Vorstandswahl; 5. Besprechung über die bevorstehende Generalversammlung in Hannover; 6. Delegiertenwahl zum Bezirkstag nach Breslau; 7. Verschiedenes. — Nach Erledigung der beiden ersten Punkte folgte die Vorstandswahl. Kollege Andersch dankte den Mitgliedern für das geschenkte Vertrauen im Namen des gesamten Vorstandes und legte hierauf die Vorstandsmitglieder ihre Ämter nieder. Aus der Wahl gingen hervor die Kollegen Andersch als Vorsitzender, Bieln als Kassierer, Pauler als Schriftführer. Ferner die Kollegen Christ und Bulicek als Revisoren, Andersch und Renner als Gewerkschaftsdelegierte. Letzterer auch als Krankenbesucher. Sigmunczyk als Bibliothekar. — Laut Jahresbericht haben im verflossenen Geschäftsjahr 16 Mitgliederversammlungen, 4 Quartalsversammlungen und eine ausserordentliche Versammlung stattgefunden. Der Mitgliederbestand betrug am Anfang des verflossenen Jahres 22, zugereist waren 25, abgereist 17 und ausgeschlossenen 2 Kollegen, so dass der jetzige Mitgliederbestand 28 beträgt. Hieraus ist wohl ersichtlich, mit was für einem fortwährenden Wechsel gerade die Zahlistelle Kattowitz zu rechnen hat. Insgesamt war eine Einnahme von 1391,20 Mk. zu verzeichnen, davon waren 661,45 Mk. Wochenbeiträge und 516,50 Mk. Extrabeiträge; leider steht noch eine ganz ansehnliche Summe der Extrasteuer aus, so dass dann mindestens die 800 voll würde. Gesammelt wurde vom Kartell 121,75 Mk. für Lithographen, Steindrucker etc. und 55,— Mk. für Lithographen, Steindrucker und Buchbinder zusammen. Zieht man in Betracht, dass zur selben Zeit etwa 6 Organisationen selbst im Kampfe standen und somit für unsere Sache nicht zu haben waren, so ist doch wenigstens ein Kleines dazu beigetragen worden. Zu der bevorstehenden Generalversammlung in Hannover wurde Kollege Andersch von der hiesigen Zahlistelle als Kandidat aufgestellt, gleichfalls als Delegierter zum Bezirkstag. Unter Verschiedenes kam die Sache eines Ratiborer Kollegen aus rechte Licht. Vor kürzerer Zeit stand Kollege Löffler in Ratibor in Firma M., gab aber, da es ihm nicht mehr gefiel, seine Stellung auf. Nicht lange dauerte es und Kollege L. unterhandelte wieder mit dem Chef der Firma, obwohl die Stellung inzwischen anderweitig besetzt war durch einen verheirateten Kollegen und, wie der Chef sich massgebenden Persönlichkeiten gegenüber ausgelassen hat, sehr zufrieden mit seinem jetzigen Personal war. Jedoch spielen Verwandtschaftsverhältnisse mit und das Engagement mit Löffler wurde von neuem abgeschlossen; der verheiratete Drucker musste zu Weihnachten gehen, ihm wurde gekündigt. Koll. Löffler verlangte seine Reiseunterstützung, doch vorher Erkundigungen einzuziehen, hielt er nicht für nötig. Als nun Kollege Andersch ihm sein Verhalten vorhielt, verblieb er auf seinem Standpunkt, keine Erkundigung einholen zu brauchen, da er die Firma kenne; was in der Zwischenzeit seit seiner Abwesenheit in der Firma vorging, wusste er jedenfalls nicht. Ueber die Verweigerung der Reiseunterstützung ist nun Kollege Löffler sehr aufgebracht und will die Sache nicht ruhen lassen, bis er sein Recht gefunden hat. Wir wünschen ihm im voraus viel Glück.

Leipzig. Am Freitag, den 11. d. M. hielten die Lichtdrucker Leipzigs ihre Generalversammlung ab. Die Tagesordnung 1. Berichte, a. Bericht des Vertrauensmannes. b. Bericht des Tarifamtsvorsitzenden. 2. Neuwahlen. 3. Gewerkschaftliches konnte in bezug auf diese Versammlung sehr reichhaltig genannt werden. Zahlreicher denn je hatten sich die Lichtdrucker etc. dazu eingefunden um den Männern ihres Vertrauens ihre Stimme zu geben. Unter Punkt a. erstattete der Vertrauensmann Bericht über den Gang der Geschäfte der Sektion innerhalb des letzten Jahres. Es erübrigt sich zwar auf die einzelnen Teile näher einzugehen, da das Organisationsverhältnis der Leipziger Lichtdrucker ohne Ausnahme am günstigsten dasteht und bezüg-

lich des Ab- und Zuganges der Mitglieder eine wesentliche Verschönerung nicht stattgefunden hat. hervorzuheben wäre der Besuch der Versammlungen, der sich prozentual zum Vorjahre besser gestaltet hat, nämlich 50 Proz. im Vorjahre 40 Proz. Der Redner kam auf die Bewegung der Retuscheure im Frühjahr vorigen Jahres zu sprechen und betonte, dass sich eine Lohnzulage von 2—3 Mk. auf gütlichen Wege erreichen liess. Nicht unerwähnt darf jedoch die Statistik, betr. Arbeiterpresse bleiben, die zu Anfang des Jahres 1906 aufgenommen wurde. Sie zeigte nicht das erfreuliche Bild, welches erhofft worden war. Der Redner schliesst mit einem warmen Appell an die Versammelten, künftig der politischen Presse mehr Interesse entgegen zu bringen, da ja die Arbeiterpresse die einzige ist, die den Kampf zur Verbesserung der wirtschaftlichen Verhältnisse nachdrücklich unterstützt und verfehlt. Die verflossene Tarifperiode mit ihren bekannten Einzelheiten zeigte in dem Bericht des Tarifamtsvorsitzenden wieder jene zweifelhaften Erregungszustände, die ja allen Lichtdruckern in nur zu deutlicher Erinnerung stehen. Ausgehend von dem Abschluss des verflossenen Tarifes war es dem Redner möglich, über dieses Thema in einer an ihm noch nicht wahrgenommenen Oase auf obige Episoden einzugehen. Vor allen Dingen legte der Berichterstatter Verwahrung dagegen ein, dass jene 17 Monate, in denen eine einzige Tarifamtsetzung stattgefunden hat, als nicht die Schuld der Gehilfenvertreter zu bezeichnen ist. Die Schuld, so fährt er aus, liegt lediglich an den Prinzipalen selbst, die in einer nicht zu verstehenden Interesslosigkeit dem Tarif trotz häufiger Aufforderung seitens der Gehilfenvertreter gegenüberstanden. In deutlicher Erinnerung steht ferner den Leipziger Lichtdruckern noch das Verlangen der Prinzipale nach einer Preiskonvention und als Folge davon der Ausstand der Kollegen. Zum Schluss ergeht sich der Redner in eine Betrachtung über den Nutzen, den der alte Tarif brachte und setzt, anschliessend daran, seine ganze Hoffnung auf den neuen, der ja auch auf seiten der Prinzipale eine grössere Schaffensfreudigkeit zeigt. Er fordert die Lichtdrucker auf, bestrebt zu sein, durch rege Anteilnahme die Interessen des Tarifes zu fördern und zur Wahrung desselben nach Kräften beizutragen. — Lebhafter Beifall lohnte ihn. — Aus Punkt 2 »Neuwahlen« geht hervor, dass eine grosse Aenderung in dem Körper der Verwaltung nicht eingetreten ist. Die Leipziger Lichtdrucker waren davon überzeugt, dass sie in ihrem Vertrauen nicht getäuscht worden waren, als sie dieselben Kollegen wieder wählten. Wenn man auch wüsste, dass mit der Wiederwahl das Vertrauensvotum ausgestellt sei, so ist es doch der Anerkennung wert, dass man sich aus der Mitte der Versammlung heraus veranlasst fühlte, der Leitung für ihr jederzeit tatkräftiges Eintreten für die Interessen der Leipziger Lichtdrucker zu danken. Als disziplinwidrig musste das Verhalten der Kollegen einer Druckerei neueren Ursprungs, der Verwaltung gegenüber bezeichnet werden. Dieses Verhalten wurde einer scharfen Kritik unterzogen und in einer für die Kollegschaft Leipzigs bestimmten Resolution als disziplinwidrig hingestellt. In einem weiteren Punkt, unter »Gewerkschaftliches«, wird ein Antrag angenommen, wonach das neugewählte Vergütungskomitee beauftragt wird, Schritte zu unternehmen zu einem Ende Februar abzuhaltenden Familienabend. In der Ausführung eines im Vorjahre gefassten Beschlusses, wonach in der jeweiligen Versammlung festgesetzt werden soll, wer dieser fernbleibt, ergibt sich das Fehlen von 28 Kollegen. Hierauf Schluss der Versammlung um 11 Uhr.

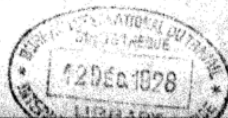
Oldesloe (Tapetendrucker). Am Sonntag fand im Restaurant Schmalfeld, Oldesloe, eine Sitzung der organisierten Tapetendrucker des Fabrikarbeiter-Verbandes statt, zwecks Uebertritt in der Senefelder-Bund. Zu diesen Zwecke waren mehrere Kollegen aus Hamburg erschienen. In einer 1/2stündigen Vortrage betonte Kollege Rudolf, Hamburg, dass es besser sei wenn sämtliche Tapetendrucker Deutschlands einheitlich organisiert wären und sie eine kräftigere Vertretung hätten, als wenn sie zerstückelt wären. Nachdem der Vortragende die Statuten des Senefelder-Bundes genügend erläutern hatte, erklärten sich auch sämtliche Drucker und Farbmischer zum Uebertritt, bereit. Da sich der Vorsitzende des Fabrikarbeiter-Verbandes über den Uebertritt, in erfreulicher Weise geäussert hatte, und noch mehrere Kollegen an der Diskussion ebenfalls den Zusammenschluss begrüsseten, forderte der Kollege Rudolf zum Schluss zu einer kräftigen Agitation und tüchtigem Zusammenarbeiten der Kollegen auf, worauf der Vorsitzende die Versammlung schloss.

Berichtigung.

In letzter Nummer sind im Bericht des internationalen Sekretariats unter Ungarn einige Unrichtigkeiten enthalten. Die dort stehenden Zahlen gelten für Oraz, Steiermark.

Der ungarische Tarif brachte allen graphischen Arbeitern die 8^{1/2}stündige Arbeitszeit, einen Mindestlohn im ersten Halbjahr nach der Lehre von 20 Kr. (Mk. 17,—), im zweiten Halbjahr 22 Kr. (Mk. 18,70) und im zweiten Jahre 25 Kr. (Mk. 21,25). Die Feiertage werden voll bezahlt und 10 Proz. Aufschlag für Ueberstunden.

Auf je 4 Gehilfen darf nur 1 Lehrling eingestellt werden. Der Tarif ist auf 4 Jahre abgeschlossen und über Tarifstreitigkeiten hat ein Schiedsgericht zu entscheiden. Teuerungszulagen konnten nicht erreicht werden.



Bewegungs-Übersicht vom Streik und der Aussperrung Juni—August 1906.

Ort	Beteiligt waren		Tägliche Arbeitszeit ohne Pausen vor der Bewegung				Arbeitszeit nach der Bewegung		Feiertagszahlung wurde bewilligt bei:				Zuschlag i. Ueberstunden 25 u. 50 % wurde bewilligt	Gab es die Forderung nach Abänderung der Bestimmungen schon vorher?	Vorhandene Lithogr.	Vorhandene Steindr.	Niedrigster Lohn im ersten Gehilfenjahr		Lohnzulagen erhielten im Durchschnitt pro Woche										
	Lithographen	Steindrucker	bis 8 Std.	bis 9 1/2 Std.	bis 9 Std.	bis 9 1/2 Std. unter 9 Std.	bis 9 Std.	bis 9 1/2 Std. bis 10 Std.	Lithograph.	Steindruck.	Lithograph.	im Akk.					Lithograph.	Steindruck.	Lithograph.	Steindruck.	früher	jetzt	Lith.	Mk.					
Aschaffenburg	2	5	18				33	8	9					ja	18	3	13	12	15	15	18	18	2	2	2,50	42	3	Steindr. Mk. 6,	
Barmen	13	79	34	2			91	14	9					ja	36	9	105	9	16	15	18	18	2	2	7,50	123	11	190,50	
Berlin	402	406	453				450		9					nein	453	125	450	74	18	18	21	21	40	40	7,50	123	11	61,75	
Braunschweig	18	25	13	5			23	7 1/2	8					ja	18	11	33	8	18	18	19	19	5	5	7,-	11	7,-	15,-	
Bremen	19	46		20	11	2	46	23	8					ja	33	9	69	15	18	18	19	19			18	18	23,-	23,-	
Breslau	55	120					111	8	8 1/2					ja	55	28	131	48	13,50	13,50	18	18	18	18	5	5	32,75	52	80,25
Bünde i. W.														ja	1	1	3	2	18	18	18	18	14	14	2	2	2	2	4,-
Cassel	17	25		17			26	8 1/2	9 1/2					ja	16	26			16	26	16	26			16	26	2	2	59,50
Chemnitz	22	84		8	11	17	5	35	10	8 1/2	9 1/2			ja	36	28	85	32	18	18	18	18	5	5	9,50	44	90,-	90,-	
Crefeld	3	25	8				22	8	9					ja	8	2	22		14	14	18	18			2	2	27,-	27,-	
Döbeln	4	3					3	8	9					ja	4	1	3	1	16,80	16,80	18	18	1	1	2,-	2,-	4,-	4,-	
Dresden	68	112	28	42		618	81	24	8	8 1/2	9 1/2			ja	76	17	123	30	17	17	19	19	7	7	10,-	33	40,-	40,-	
Frankfurt a. M.	11	54	42	5			64		9					ja	47	10	64	29	15	15	19	19	3	3	3,-	22	32,75	32,75	
Fürth	42	60	51				66		9					ja	51	8	66	19	17	17	18	18	7	7	9,-	16	23,-	23,-	
Gera	19	32		8	10	1	66	25	8	8 1/2	9			ja	19	24	33	15	15	15	18	2	2	4,-	4,-	8,-	8,-	8,-	
Halle a. S.	9	12					9		9					ja	10	5	16	4	18	18	18	18			2	2	1,-	1,-	1,50
Hannover	100	144	95		7	2	142		8	8 1/2	9			ja	102	34	144	62	18	18	19	19	16	16	21,75	21	1,-	1,-	1,50
Heilbronn	5	32	4	1			39		8					nein	5	6	39	14	18	14	19	19			13	13	22,-	22,-	
Kiel	4	9					9		9					ja	4	2	9	4	18	18	18	18			1	1	2,-	2,-	
Lahr	31	52		11	22		52		8					ja	33	10	52		14	14	18	18	2	2	2,-	11	12,-	12,-	
Leitshain	12	55	26				55		8					ja	26	17	55	12	18	17	18	18			21	21	22,-	22,-	
Leipzig	276	462	381	44	2	4	493	6	8					ja	431	142	499	162	16	17	19,50	19,50	13	13	19,-	118	132,-	132,-	
Lüdenscheid	4	2					3		8					ja	4	2	2	2	15	16,50	18	18	1	1	1,50	5	5,-	5,-	
Magdeburg	10	35	4	5	5		26	15	8					nein	14	13	41	14	14	18	18			10	10	13	13	22,75	
Mainz	13	33		9	8		39		8	8 1/2	9			ja	17	5	39	10	16	14	18	18	6	6	10,-	13	12,-	12,-	
Mügeln	5	18					18		9					ja	5	1	18	5	18,50	18,50	18,50	18,50	3	3	3,-	12	4,-	4,-	
Niederselitz	11	8		18			8		9					ja	18	5	8	5	17,50	17,50	19	19	13	13	16,50	3	3	4,-	
Nürnberg	87	320	266	5	1		337		9					ja	272	55	337	70	15	15	19	19	14	14	16,-	140	168,-	168,-	
Offenbach	9	24	21				29		8					ja	21	3	29	3	18,50	18,50	18,50	18,50			8,-	27	31,50	31,50	
Rheydt	13	47	37				65		9					nein	37	9	65	21	18	18	18	18	7	7	11,50	34	39,-	39,-	
Saalfeld	24	60	24				60		9					ja	27	11	60	9	14	14	18	18	8	8	5,-	5	6,-	6,-	
Schleifau	6	10			6		10		8 1/2					ja	6	1	10	8	15	14	18	18			4	4	9,-	9,-	
Schwabach	5	17	8				18		9					ja	8	4	18	4	15	15	18	18			28	30	30,-	30,-	
Stettin	25	31		29			33		9					ja	29		33		18	18	18	25			28	30	30,-	30,-	
Stuttgart	50	95	1	39	10	4	91		8	8 1/2	9			ja	52	19	95	17	19	19	19	4	4	5,-	26	39,-	39,-		
Wandsbek	11	35	12				26		8					ja	12	5	26	10	12	12	18	18	1	1	21,-	23	39,50	39,50	
Worzen	1	14					18		9					nein	4	2	18	3	16	17	18	18	1	1	2,-	10	14,50	14,50	
Zeit	18	14		18			14		9					ja	18	4	14	5	15	17	18	18			2	10	14,50	14,50	

[1424,2624|1539] 291 | 126,66|33|2433 | 362|46

[43 | 65 | 77 | 15 | 298, 405]

[2022 | 629|2874 | 739]

[238 Lith. Mk. 365,- | 927 Steindr. Mk. 1311,50

Arbeitszeitverkürzung
erhielten in Stunden pro Woche:

	1 1/2	3	4 1/2	6	7 1/2	9	Verkürzung pro Woche
Lithographen	58	182	48	62	2	1	353 = 1245 Std
Steindrucker	65	244	7	46			362 = 1137 Std

Es arbeiten jetzt
Stunden pro Tag

unter 8	über 8	unter 9	über 9
29	1780	178	
		31	2807 26

Lohnzulagen
erhielten pro Woche in Mark

	1 1/2	1 1/2	1 1/2	2	2 1/2	2 1/2	3	3 1/2	4	5	6
Lithographen	1	120	38	2	50	8	15	2	11	238	Lith. 365 Mk.
Steindrucker	7	5	564	4	111	5	146	2	14	50	3 13 2 1 927 Steindr. 1311,50 Mk.

Die Streik und Aussperrbewegung erstreckte sich über 38 Orte in 271 Firmen mit 4048 beteiligten Lithographen und Steindruckern, während 4896 Lithographen und Steindrucker inkl. Oberdrucker und Oberlithographen in diesen Firmen beschäftigt waren. Von der Aussperrung ausgeschlossen waren die dem Bunde angehörenden Halbmitglieder und die der Sonderorganisation angehörenden Lithographen. Von letzteren beteiligten sich ein Teil an der Bewegung, hielt aber vielfach bis am Schluss der Bewegung nicht stand.

Eine Arbeitszeitverkürzung von 1 1/2, bis 9 Stunden pro Woche hatten 353 Lithographen und einesolche von 1 1/2, bis 6 Stunden 362 Steindrucker. Für die Lithographen ist mit dem 1. August in Schutzverbandsfirmen die 8stündige Arbeitszeit vorgeesehen.

Lohnerhöhungen wurden bei 238 Lithographen und 927 Steindruckern, in Summa 1676 Mk. pro Woche erzielt, hierunter sind auch Lohnerhöhungen,

weiche bei Wiederaufnahme der Arbeit ohne Kommissionsverhandlungen erfolgten. Ein Teil Lithographen arbeitet im Akkord, so besonders in Berlin, Leipzig, Frankfurt, Dresden etc., diese schieden von vornherein bei den Lohnerhöhungen aus.

Bei 43 im Lohn und 77 im Akkord arbeitenden Steindruckern wurde Feiertagsbezahlung bewilligt, bei den übrigen wurden solche schon früher gezahlt. Ebenso wurden bei 65 im Lohn und 15 im Akkord arbeitenden Steindruckern Feiertagsbezahlung bewilligt. In Berlin war die Bezahlung der Feiertage für Akkordarbeiter schon früher üblich.

Ueberstundenzuschlag 25 und Sonntagsarbeit 50 Proz. wurde an 298 Lithographen und 405 Steindruckern bewilligt; bei einigen davon bestanden schon vorher 10 und 15 Prozent Zuschlag. Die bei 2 Ueberstunden einzurechnende 1/4 Stunde Pause bestand bei einem größeren Teil der in Frage kommenden Firmen nicht. Ebenso gab es

auch eine Entschädigung nach § 616 des B. O. B. vorher vielfach nicht.

An Mindestlohn für Ausgelernte im ersten Gehilfenjahr sind in 23 Städten 18 Mk., in 2 Städten 18 1/2, Mk., in 9 Städten 19 Mk., in 1 Stadt 19 1/2, Mk. und in 1 Stadt 21 Mk. festgelegt. Die Firma in Bünde gehört nicht zum Schutzverband daher kein Mindestlohn vermerkt. Die Kollegen in den Städten Fürth, Heilbronn, Offenbach, Rheydt, Stettin, Stuttgart und Wandabeck haben feste Bedingungen auch Tarife mit den Unternehmern vereinbart. In diesen Städten war der Mindestlohn schon vorher vorgesehen. Die in den Städten abgegebenen früheren Mindestlohnsätze, sind als die niedrigsten der einzelnen Firmen anzusehen, es wurden aber vielfach höhere Löhne gezahlt.

Hiermit schliesen wir vorläufig und kommen später nochmals darauf zurück.

Der Hauptvorstand.

Tüchtige Auto- u. Chromoätzer

für feinere Arbeiten sucht
[5,40] Gustav Dreher, württ. Graph. Kunstanstalt, Stuttgart.

Dresden!
Bannvereinigung der Lithographen, Steindrucker und Lichtdrucker.
Allen Kollegen, Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen von Dresden und Umgegend nochmals hierdurch kund und zu wissen, dass unser diesjähriges Faschings- u. Jahrmarktsrummelfest am 6. Februar, in sämtlichen Räumen des Trianon stattfindet.
Sämtliche Teilnehmer werden ersucht, im Sommeranzug und Strohhut zu erscheinen. (Maskenabzeichen nicht gestattet.)
Eintrittspreis inkl. Tanz pro Person 50 Pf. R.cht zahlreichen Besuch erwartet
[2,55] Das Komitee.

Andreas Keller
gib ein Lebenszeichen deinem Freunde [—,75]
Fritz Koffmane
Barcelona 5, Carretera R bis (san Martín) Spanien.
Herr Leo Lewi, Chemigraph
im Mai 1905 in Nürnberg beschäftigt gewesen, wird zwecks einer Auskunft in einer Kasernenangelegenheit um gefl. Angabe seiner Adresse ersucht.
Ortskrankenkasse für die polygraphischen Gewerbe in Nürnberg. [2,10]

Wir suchen zum sofortigen oder baldigen Eintritt für dauernde Stellung:
1 prima Autoätzer,
1 flotten Strichätzer, der auch in Autoätzen bewandert ist,
1 Positiv-Retuscheur, Spezialist für amerikanische Maschinen-Retusche.
Ferner:
1 flotten Zeichner, für moderne Schrift und wirkungsvolle Inseraten-Entwürfe.
Ausführliche Offerte mit Zeugnisabschriften und Ansprüche an:
Zerreiss & Co., Graph. Kunstanstalt, Nürnberg.
[7,10]

Seltene Gelegenheit! [2,10]
Photogr. Reise App. 18x24 m. 6 Dopp. Kass. und Görz Dopp-Anastigm. (Mk. 240) und dazu pass. Einricht. für Dreifarben-Aufnahmen, Photolith. etc. mit 2 Kreuz-Raster (Hass) verkauft für Mk. 300 (Neu 520 Mk.) S. Drometer, Treptow, Baermannstr. 8 I.
Alle Beschwerden über die Redaktion, Inhalt d. Blattes oder irgend welche im unmittelbaren Zusammenhang mit der »Graph. Presse« stehenden Angelegenheiten sind stets unter näherer Begründung an die Presse-Kommission: Heinrich Werner, Frankfurt a. M., Wiesenstr. 74, zu richten.

Am Donnerstag, den 24. Januar starb in Wernigerode i. H. an Blutvergiftung unser Kollege, der Lithograph
Franz Sonntag
im Alter von 31 Jahren.
Die Zahlstelle Halberstadt des Deutschen Senefelder-Bundes.

Todes-Anzeige!
Am 28. d. M. starb nach langem, schweren Leiden an der Lungenschwindsucht unser Kollege, der Lithograph
Hugo Mitzlaff
im Alter von 49 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Filiale Berlin III, (Lithographen) des Deutschen Senefelder-Bundes.

Am 22. Januar verstarb nach langem Leiden unser altes Mitglid, Kollege
Karl Kirstenpfad,
Steindrucker.
Ehre seinem Andenken.
Deutscher Senefelder-Bund, Zahlstelle Hamburg.